

Kommunalwahl 2011

Fragennummer	Frage	Grüne Melle	CDU Melle	SPD Melle	Die Linke LKOS	CDU LKOS	SPD LKOS	Grüne LKOS
1	Der Radverkehrsanteil in Niedersachsen liegt heute bei gut 13%. Welches Ziel verfolgen Sie für die Steigerung des Radverkehrsanteils in Melle bis 2016? Welche zentralen Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?	Durch ein flächendeckendes Radwegenetz in Melle wollen wir den Radverkehrsanteil bis 2016 auf 20% steigern.	Das Straßen- und Wegenetz der Flächenstadt Melle ist u.a. durch seine Größe geprägt. Unsere Zielsetzung in den zurückliegenden Jahren bestand darin, parallel zu den Hauptverbindungsstraßen zwischen Melle-Mitte und den einzelnen Stadtteilen Radwege zu bauen. Diese Maßnahme haben wir in den letzten Jahren, mit einer Ausnahme verwirklichen können. Viele Radwege werden auf den verkehrlich eher gering frequentierten Gemeindegewegen geführt, an den klassifizierten Straßen gibt es jedoch noch viele Lücken, in denen Radfahrer sich den Straßenraum mit PKW und LKW teilen müssen. Diese Lücken gilt es nach und nach zu schließen, um so ein vollständiges Radwegenetz zu erhalten. Diese Maßnahmen werden wir in den kommenden Jahren weiter vorantreiben.	Die SPD Melle setzt sich bereits seit Jahren für den Ausbau des Radwegenetzes in Melle ein, mit dem Ziel, daß alle Stadtteile durchgängig mit Radwegen zum Zentrum und untereinander verbunden sind, so daß die Bürgerinnen und Bürger auch gewillt sind, entsprechende Strecken mit dem Fahrrad zurückzulegen. Gleiches gilt für hoch frequentierte Straßen, wie z.B. auch Landesstraßen, die allerdings nicht in der Trägerschaft der Stadt, sondern des Landes stehen, so daß die Einflußmöglichkeit der Stadt begrenzt ist. Beispielhaft seien folgende noch ausstehende Maßnahmen genannt, die unsere Unterstützung haben: L90 Westerhausen-Wissingen; für den Bereich Melle-Neuenkirchen sind mir folgende Maßnahmen aus diesem Stadtteil genannt worden: Bau von 7 neuen Radwegen im Raum Melle-Neuenkirchen (1.an der L 95, Holterdorfer Straße, 2.an der L 701, Gerdener Straße, von Neuenkirchen bis Gerden, 3.an der L 701, Bielefelder Straße, von Ortsausgang bis Landesgrenze Suttorf, 4.an der L 93, Borgholzhausener Straße, von Sondermühlen bis Küngdorf, 5.an der L 83 von Schiplage-St.Annen Richtung Riemsloh, 6.an der K 213, Redecker Straße, von Neuenkirchen nach Sondermühlen, 7.an der K 227, Haller Straße, von Redecke bis Landesgrenze. Die ersten 6 stehen bereits in der Dorfemeuerungsplanung für Schiplage-St.Annen und andere Ortsteile von Neuenkirchen.) Sämtliche Vorhaben müssen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und nachrückliche Intervention bei Stadt Melle und den Straßenbausträgern vorangetrieben werden.	Unser Ziel ist eine erhebliche Steigerung des Fahrradverkehrs nach dem Vorbild der Niederlande. Als zentrale Maßnahmen sehen wir: Es müssen generell viel mehr Fahrradwege gebaut werden, nicht nur neben Autostraßen. Diese dürfen nicht irgendwo abrupt enden. Statt dessen müssen Über oder Unterführungen ohne zu große Steigungen bei Hindernissen geschaffen werden, so dass ein flüssiges Fahren möglich wird. Sicherheit im Straßenverkehr muss Vorrang haben, d.h. die Fahrradwege dürfen nicht plötzlich auf Autostraßen geleitet werden. Mehr Sicherheit erhöht die Attraktivität des Fahrradfahrens. Es muss für Autofahrer immer klar ersichtlich sein, wo Fahrradwege sind, auch in der Dunkelheit! Die Fahrradwege müssen genauso instant gehalten werden wie die Autostraßen. Fahrräder müssen im ÖPNV kostenlos mitgenommen werden können und der ÖPNV muss Fahrrad freundlicher werden: Z.B. brauchen wir Busse mit klappbaren Fahrradhaltern am Heck. In unserer zum Teil sehr bergigen Region sind Fahrräder mit Elektro-Hilfsmotoren zu empfehlen. Die Batterien sollten mit Öko-Strom aufgeladen werden. Der Tourismus-Verband im Osnabrücker Land sollte Leihmöglichkeiten fördern und dafür werben.	Nur ein gut ausgebautes Radwegenetz kann sicherstellen, dass das Fahrrad nicht nur im Freizeitbereich intensiv genutzt wird, sondern auch im Alltag eine Alternative zu motorisierten Verkehrsmitteln darstellt. Deshalb wird die CDU im Landkreis Osnabrück sich weiterhin für einen Ausbau dieses Netzes engagieren. Darüber hinaus investieren wir weiter in die qualifizierte Pflege unseres 2500 km langen ausgeschilderten Radwegenetzes: Denn so holen wir nicht nur Gäste in die Region, sondern bieten unseren Bürgerinnen und Bürgern sichere Radverkehrswege sowie hervorragende Möglichkeiten für eine umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Freizeitgestaltung. Wir setzen jedoch auch auf eine stetige Zunahme der Nutzung von E-Bikes: Immer mehr Menschen entscheiden sich für diese Alternative, um etwa auch in hügeliger Landschaft oder auf längeren Strecken das Radfahren genießen zu können. Deshalb sind wir im Landkreis Osnabrück dabei, ein Netz von Ladestationen für E-Bikes aufzubauen. Auf eine konkrete Steigerungsrate des Radverkehrsanteils legen wir uns dabei nicht fest: Wir sehen unsere Aufgabe vielmehr darin, gute Rahmenbedingungen für ein gesundes Wachstum des Radverkehrs zu schaffen.	Die SPD-Kreistagsfraktion würde die Steigerung des Radverkehrsanteils im Landkreis Osnabrück grundsätzlich begrüßen. Um das Ziel zu erreichen, müssen allerdings mehrere Voraussetzungen erfüllt werden: Popularisierung des Fahrradfahrens steigern, Verbesserung der Infrastruktur, Neubau von Radwegen.	Für die Steigerung des Radverkehrsanteils streben wir an 1) Kostenlose Mitnahme in Zügen 2) Ausweitung der Fahrradausleihe an Bahnhöfen 3) Angebot ausleihbarer City-Fahrräder von Radwegen.
2	Die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung hat sich bewährt und ist ein Baustein zur Förderung des Radverkehrs. Wie stehen Sie zu diesem Thema?	Absolut positiv! Noch im vergangenen Jahr wurde durch unsere Initiative beispielsweise die Einbahnstraße „Am Lehmteich“ für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet.	Der Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr stehen wir sehr offen gegenüber. Sofern es die örtlichen Verhältnisse bzw. die speziellen Gefahrenlage es zulässt, werden die Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet. Dies ist auch an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet bereits der Fall. Unsere Erfahrungen sind positiv. In Melle gibt es aber sehr wenige Einbahnstraßen, so dass diese Maßnahmen nur eine untergeordnete Rolle spielen.	Dieses Thema wird von uns unterstützt.	Wir befürworten dieses. Der Radweg in Gegenrichtung muss aber klar kenntlich sein.	Grundsätzlich stehen wir dieser Maßnahme sehr positiv gegenüber. Allerdings ist natürlich keine Kreisstraße eine Einbahnstraße, so dass eine solche Entscheidung insbesondere die landkreiszugehörigen Städte und Gemeinden und nicht den Landkreis selber betrifft. In diesen Städten und Gemeinden allerdings gibt es viele Beispiele, in denen die CDU eine solche Gegenläufigkeit für den Radverkehr beschlossen hat. Wichtig ist uns dabei jedoch insbesondere, dass die Verkehrssicherheit nicht eingeschränkt ist. Deswegen bedürfen gegenläufig in Einbahnstraßen fließende Radverkehre häufig eine eigene, durch Fahrbahnmarkierung auch abgegrenzte Radfahrspur.	Der Initiative solche Straßen für Radfahrer fahrbar zu machen, stehen wir positiv gegenüber. Natürlich müssen jeweils die Sicherheitsfragen geklärt werden.	Wo diese Möglichkeit noch nicht geschaffen wurde, sollte sie nachgeholt werden.
3	Die Attraktivität der Haupttrouten des Radverkehrs kann durch die Ausweisung von Fahrradstraßen gesteigert werden. Hier wird der Radverkehr sicher und komfortabel geführt. Werden Sie die Ausweisung von Fahrradstraßen in Melle unterstützen? Haben Sie bereits konkrete Ideen?	Der Ausbau und die Erhaltung des vorhandenen Radwegenetzes hat für uns Priorität.	Das sehr gut ausgebaute Radwege- und Radwanderwegenetz in Melle bedeutet derzeit in der Konsequenz, dass wir keinen Handlungsbedarf für die Einrichtung spezieller Fahrradstraßen sehen. Die vielen Radwandergruppen nehmen die Nebenstraßen sicher wegen der schönen Landschaft und des z. T. sehr geringen Verkehrsaufkommens z. B. auf dem Else-Werre-Radweg ohnehin als positiv wahr.	Die Ausweisung von Fahrradstraßen wird von uns grundsätzlich unterstützt. Wir wären allerdings bereits dankbar, wenn die oben angesprochenen Maßnahmen umgesetzt würden, um die Verkehrssicherheit im Stadtgebiet insgesamt zu erhöhen.	Wir unterstützen die Ausweisung von Fahrradstraßen. Neu ausgewiesene Baugebiete sollten auch angebunden werden. Die wichtigsten Fahrradwege müssen im Winter durch die lokalen Bauhöfe freigehalten werden. Dazu sind Dienstanweisungen und Steckenkarten zu erstellen. Wir brauchen an wichtigen Ampelkreuzungen Aufstellflächen für den Radverkehr.	Auch diese Entscheidung liegt grundsätzlich in der Entscheidungshoheit der Städte und Gemeinden. Für die dem Landkreis Osnabrück zugeordneten Kreisstraßen mit überörtlicher Bedeutung sehen wir eine solche Ausweisung nicht. Allerdings unterstützen wir die Städte und Gemeinden bei der Einrichtung von Fahrradstraßen. Sie sind geeignet, nicht nur dem Fahrradverkehr Vorrang zu geben, sondern auch Lärm durch den motorisierten Verkehr zu minimieren und so die Wohnqualität zu steigern. Damit sind Fahrradstraßen innerorts ein wichtiges Mittel zur Ergänzung eines überörtliche Radwegenetzes.	Obwohl die Mittel für den Neubau neuer Radwege begrenzt ist, haben wir schon bereits im November 2007 einen Antrag zum langfristigen Ausbau-, Erhaltung-, und Erneuerungskonzept für Kreisstraßen des Landkreises Osnabrück gestellt, in dem unter anderem der Neubau von Radwegen gefordert wird. Die Liste der Straßen kann ich Ihnen beim Bedarf nachschicken. Fahrradstraßen im Sinne der StVO sind eher Themen für die einzelnen Städte und Gemeinden (und dort wiederum bei den eher größeren Kommunen), nicht so sehr auf der Kreisebene. Unabhängig davon ist es sinnvoll, das ganze Spektrum der rechtlichen und faktischen Gestaltungsspielräume auf seine Anwendbarkeit vor Ort zu prüfen und ggf. auch umzusetzen.	Die Ausweisung von Fahrradstraßen ist Sache der Städte und Gemeinden. Wo ein solcher Vorschlag auf den Tisch kommt, werden unsere Grünen vor Ort das sicher unterstützen.
4	Eine Reduzierung der Kfz-Geschwindigkeit vergrößert die Verkehrssicherheit, mindert den Verkehrslärm und erhöht die Wohn- und Aufenthaltsqualität in unseren Städten und Gemeinden. Welche Maßnahmen zur Reduzierung der Kfz-Geschwindigkeit planen Sie für unsere Region?	Unserer Meinung nach, eine Aufgabe der Bundesgesetzgebung!	Die Bandbreite der Maßnahmen ist groß. Vom Einsatz von Geschwindigkeitsanzeigergeräten bis hin zu baulichen Maßnahmen ist vieles möglich. Im Einzelfall wird gemeinsam mit den Vertretern von Polizei und Kommune bzw. dem jeweiligen Straßenbausträger geschaut, welche Maßnahmen konkret sinnvoll sind.	Eine Geschwindigkeitsreduzierung sehen wir als sinnvoll an insbesondere auf Ortsdurchfahrten, früheren Gemeindeverbindungsstraßen, die als Schleichwege genutzt werden, und an unfallträchtigen Stellen.	Hauptstraßen, die durch Wohn- oder Naherholungsgebiete führen, sollten ein Tempolimit haben. Wir treten für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 auf den Autobahnen im Landkreis ein.	In unseren Städten, Samtgemeinden und Gemeinden sind überall dort, wo es für die Verkehrssicherheit erforderlich ist, deutliche Geschwindigkeitsbegrenzungen verhängt. Diese Maßnahmen werden evaluiert, etwa durch regelmäßige Geschwindigkeitsmessungen. Außerdem werden regelmäßig Verkehrsstatistiken ausgewertet, um an neuralgischen Punkten nachsteuern zu können. Wir unterstützen somit auch die kreisangehörigen Kommunen bei der flächendeckenden Ausweisung von Tempo-30-Zonen.	Der Landkreis Osnabrück überprüft mit ihren Mittel die Einhaltung der Geschwindigkeit auf den Straßen des Landkreises Osnabrück.	Verstärkte Sicherheit im Straßenverkehr - sowohl innerorts als auch außerhalb der Ortschaften - und Vermeidung von Raserei wollen wir erreichen durch: 1) Verstärkte Geschwindigkeitsbeschränkungen entsprechend der örtlichen Gegebenheiten 2) Mehr Geschwindigkeitskontrollen 3) Shared-space-Projekte wie in Bohmte 4) Nachfahrverbote für Lkw
5	Die vorhandenen Radwege im Landkreis Osnabrück entsprechen zum Teil nicht mehr dem Stand der Technik und müssen saniert oder umgebaut werden. Welche Finanzen planen Sie in den nächsten Jahren für die Sanierung und den Umbau von Radverkehrsanlagen in den Haushalt einzustellen?	Ausreichend um die vorhandene Radinfrastruktur sanieren zu können!	Für Radwegbau stehen jährlich ca. 50.000 Euro im Haushalt der Stadt Melle zur Verfügung. Diese Mittel werden bei größeren Maßnahmen Bedarfsweise aufgestockt (siehe beispielsweise Sanierung des Themen Radweges Else-Werre-Radweg).	Bei dieser Frage muß berücksichtigt werden, daß die allermeisten vorhandenen Radwege im Meller Raum an Kreis- und Landesstraßen liegen. In den Haushalt dieser Straßenbausträger kann die Stadt Melle keine „Finanzen einstellen“, aber dafür eintreten. Und genau das werden wir unterstützen.	Wir würden den Radwegbau erheblich stärker fördern. Durch den Verkauf der RWE-Aktien, den wir fordern, können zusätzliche Gelder mobilisiert werden. Der Ausbau der Fahrradwege schafft Arbeitsplätze. Ausschreibungen dafür dürfen nur an Firmen gehen, die Tariflöhne zahlen und nur zu Auftragsspitzen Leiharbeiter einsetzen. Außerdem setzen wir uns vehement dafür ein, dass der Bund die Kommunalfinanzen erheblich verbessert, durch die Besteuerung des großen Reichtums in unserem Land. Wir wollen den Verzicht auf den Ausbau des FMO-Flughafens. Dieses Geld möchten wir zur Förderung des ÖPNVs einsetzen. Das kommt auch dem Fahrradverkehr zu Gute. Auch die Radswege an Landesstraßen müssen verbessert werden. Unsere Fraktion im Landtag hat dies bereits gefordert.	Trotz der engen Haushaltslage plant der Landkreis Osnabrück für den Zeitraum 2011 bis 2014 rund 2,7 Millionen Euro für den Radwegbau zu investieren. Für die weiteren Mittel für Sanierung und Reparatur spielen bei den jährlichen Haushaltsplanberatungen die aktuellen Verhältnisse eine Rolle (z.B. bei Schäden durch die Witterung, etc.).	Die SPD-Kreistagsfraktion hält die Sanierung- und Umbaumaßnahmen der Radwege in den vergangenen für nicht ausreichend. Deswegen haben wir im Januar 2010 schon einen Antrag zum Haushalt für die Erhöhung der Finanzierung dieser Maßnahmen gestellt. Es sollte 1,5 Mio. Euro zusätzlich in den Radwegeneubau und 500.000 Euro zusätzlich in die Beseitigung der Winterschäden investiert werden.	Das derzeitige Radwegprogramm ist unterfinanziert, weshalb sich die Realisierung verzögert. Die Mittel müssen deshalb heraufgesetzt werden, vor allem aber durch das Land.
6	Gute Fahrräder, wie immer mehr Bürger sie fahren, haben ihren Preis und wollen am Ziel sicher und ohne die Gefahr einer Beschädigung abgestellt und angeschlossen werden. Planen Sie die Errichtung von neuen und zusätzlichen Fahrradabstellanlagen, ggf. auch überdacht, in der Innenstadt, an den Schulen und an wichtigen ÖPNV-Haltestellen?	Ja, für den zentralen Busbahnhof und den Meller Bahnhof.	Ja, wir setzen uns ganz aktuell dafür ein, im Rahmen der Neugestaltung unseres Bahnhofsbereiches, die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu schaffen, die genau Ihrer Intention entsprechen.	Solche Anlagen sind zum Teil bereits vorhanden; darüberhinaus sollte ein Anlage am Freibad Neuenkirchen kommen.	Alle zentralen ÖPNV-Haltestellen, an denen Fahrräder länger abgestellt werden, müssen abschließbare überdachte Fahrradständer haben. Es sollte Vorschrift sein, dass jedes öffentliche Gebäude eine Abstellanlage hat. Kommunen können es in Bebauungsplänen zur Vorschrift machen, dass dies auch z.B bei Versorgungsmärkten passiert.	Das liegt nicht im Aufgabenbereich eines Landkreises. Doch in vielen unserer Städte und Gemeinden sind solche Maßnahmen bereits erfolgt, bzw. geplant. Das geht in einigen Fällen nicht immer so schnell, wie es wünschenswert wäre. Doch die enge kommunale Haushaltssituation zwingt die Kommunen dazu, jede Investition sorgfältig abzuwägen.	Auch das ist im Schwerpunkt ein Thema der Städte und Gemeinden. Trotzdem engagiert sich der Landkreis bei diesem Thema, z.B. indem er Zuschüsse für die entsprechende Gestaltung von Haltestellen vergibt oder über den Naturpark TERRA.vita ein Netz von solarbetriebenen Ladestationen für eBikes aufbaut.	Ja, just bemühen wir uns um eine eingebaute Fahrradabstellanlage am Bahnhof Oesede.

Kommunalwahl 2011

Fragennummer	Frage	Grüne Melle	CDU Melle	SPD Melle	Die Linke LKOS	CDU LKOS	SPD LKOS	Grüne LKOS
7	Um mehr Bürger aufs Fahrrad zu bringen sind Öffentlichkeitskampagnen erforderlich, die Emotionen wecken: Radfahren ist bequem! Radfahren ist modern! Radfahren ist sicher! Radfahren ist schnell! Haben Sie Ideen, wie Ihre Partei eine entsprechende Kampagne unterstützen könnte?	Radtouren von Politikern und Vertretern des öffentlichen Lebens fördern.	Unsere Partei, die CDU Melle unterstützt nicht nur gerne, sondern initiiert sogar selbst derartige Kampagnen. So haben wir beispielsweise vor drei Jahren eine Kampagne angestoßen zur Verschönerung des Else-Werre-Radweges der auf einer Länge von ca. 22 km auf unserem Stadtgebiet verläuft. An diesem Projekt, haben sich nicht nur Parteimitglieder sondern auch viele andere begeisterte Radfahrer beteiligt. Die Diskussionen ergaben, dass neben einfachen Dingen wie Verbesserung der Beschilderung, eine teilweise andere, schönere Streckenführung angeregt wurde. Diese Denkanstöße sind danach in den politischen Gremien erörtert und entschieden worden. Mit den Grundstückseignern wurden Verhandlungen über Wegerechte geführt, die sich dabei ausgesprochen generös verhielten; seitens der Stadt Melle wurden mehrer hundert Meter asphaltierte neue Radwege gebaut. Über eine Rückmeldung eines Freizeitsportlers, dass der Streckenabschnitt Melle jetzt der schönste auf dem gesamten Else-Werre-Radweg sei, habe ich mich als Parteivorsitzende natürlich besonders gefreut. Die örtliche Presse berichtete mehrfach über unser Projekt.	Solche Kampagnen könnten unterstützt werden durch autofreie Sonntage (habe ich selbst z.B. an der Mosel erlebt) mit öffentlichkeitswirksamen Fahrraddemos, durch Förderung von „Bürgeradwegen“, durch Werbung für E-Bike-fahren für Ältere und Behinderte und Förderung von E-Bike-„Tankstellen“ aus erneuerbaren Energien an Ausflugsorten und Einkaufszentren.	Wir haben im letzten Sommer einen Fahrradkorsos aus Protest gegen das sogenannte 'Sparpaket' der Bundesregierung durchgeführt. Dazu haben wir unsere Fahrräder mit selbstbemalten Schildern und Fahnen geschmückt. Das hat Aufsehen geschaffen und wir konnten uns nicht bekannte Menschen zur Teilnahme an der Aktion bewegen. Den Abschluss bildete ein Picknick am Rubbenbruchsee. Solche Aktionen können Lust aufs Radfahren machen, wir werden dies Wiederholen.	Als CDU-geführter Landkreis investieren wir seit Jahren in den Tourismusverband Osnabrücker Land. Die Kommunen im nördlichen Osnabrücker Land sind darüber hinaus beim Zweckverband Hasetal engagiert. Beide Tourismusorganisationen betreiben intensives Radverkehrsmarketing, dass sich nicht nur an Gäste von außerhalb richtet, sondern auch als Binnenmarketing angelegt ist. Zudem planen wir eine Informationskampagne zum Thema E-Bike-Ladestationen, doch dazu muss der Ausbau zunächst weiter voran geschritten sein. Übrigens nur am Rande: Fast jeder Ortsverband der CDU im Landkreis Osnabrück lädt mindestens einmal im Jahr zu einer Radtour ein – das ist bei uns zu einer schönen Tradition geworden.	Wir könnten uns vorstellen, an Kampagnen teilzunehmen, um Bürgerinnen und Bürger darauf aufmerksam zu machen. Informieren Sie uns bitte, wie Sie sich diese Arbeit vorstellen und wann solche Kampagnen geplant sind.	Durch die Organisation eigener Radtouren, z.B. Haller-Willem-Bahnradeln im letzten Jahr oder Rund ums Nettetäl am 15. Mai (beide mit ADFC).
8	Eine flächendeckende Fahrradwegweisung erleichtert es den Radfahrenden, die schönsten und sichersten Wege abseits des Kfz-Verkehrs zu finden. Nicht zu unterschätzen ist auch der Werbeeffect, häufiger das Rad zu benutzen. Planen Sie die Entwicklung eines flächendeckenden, ausgeschilderten Radroutennetzes?	In Melle ist ein solches Radroutennetz bereits vorhanden, entsprechend Karten gibt es ebenfalls!	Das Radroutennetz ist bereits hervorragend ausgeschildert. Hier besteht in Melle kein Nachholbedarf. Die vielen positiven Rückmeldungen zeigen dies. In Melle gibt es diverse Routen, die zum Teil in überörtliche Netze eingebunden sind. Auch lokale Sehenswürdigkeiten werden konkret im touristischen Bereich ausgewiesen und auch aktiv beworben.	Dies ist zum Teil bereits vorhanden. Insoweit sind aber Erweiterungen und eine bessere Kennzeichnung geplant.	Wir beteiligen uns an solchen Planungen. Wir setzen uns darüber hinaus in den Gemeinden dafür ein, dass die ausgeschilderten Routen auch ohne Bordsteine und plötzliche Überführungen in den Autoverkehr befahren werden können.	Der Landkreis Osnabrück verfügt im gesamten Kreisgebiet bereits über ein 2500 km langes, hervorragend ausgeschildertes Radwegenetz	Im Landkreis Osnabrück besteht bereits ein umfassendes ausgeschildertes Radroutennetz.	Fahrradrouten und deren Beschilderung im Osnabrücker Land sollten weiter entwickelt werden.
9	Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 18.11.2010 in einem wegweisenden Grundsatzurteil bestätigt, dass Radfahrer im Regelfall auf der Fahrbahn fahren dürfen und Städte und Gemeinden nur im Ausnahmefall Radwege als benutzungspflichtig kennzeichnen dürfen. Eine Radwegbenutzungspflicht darf nur angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Rechtsgutbeeinträchtigung erheblich übersteigt. Wie gedenken Sie dieses Urteil umzusetzen?	Wir werden die vorhandenen Radwege einer individuellen Prüfung unterziehen, nach unserem anstehenden Wahlsieg!	Auch hier wird im Einzelfall beobachtet, an welchen Strecken die Radwegbenutzungspflicht aufgehoben werden muss. Hierbei erfolgt aber eine enge Zusammenarbeit zwischen der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei sowie dem Straßenbauamt. Derzeit ist keine Strecke in Melle bekannt, an der die Benutzungspflicht aufgehoben werden müsste. Die jeweils spezielle Gefahrenlage wurde im Vorfeld betrachtet und ggf. eine entsprechende Benutzungspflicht angeordnet. Der Im Urteil angesprochene Paragraph der Straßenverkehrsordnung ist diesbezüglich der Maßstab des Handelns.	Dieses Urteil muß durch konsequente und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung verbreitet und bekanntgemacht werden, so daß auch die Akzeptanz steigt, und zwar insbesondere bei Autofahrern. Gleichzeitig muß genau darauf geachtet werden, wo eine Gefährdungslage besteht – und an diesen Stellen muß der Ausbau des Radwegnetzes vorangetrieben werden, damit ein gutes Nebeneinander von Fahrrad- und Autoverkehr möglich ist.	Hierzu haben wir keine einheitliche Meinung.	Das Bundesverwaltungsgericht hat in dem Urteil auf Maßstäbe verwiesen, nach denen zu prüfen ist, unter welchen Voraussetzungen die Radwegbenutzungspflicht angeordnet werden darf. Somit ist im Grundsatz eine Einzelfallprüfung erforderlich, ob im konkreten Fall eine Benutzungspflicht oder Nichtbenutzungspflicht vorliegt. Zusammen mit dem Bundesministerium für Verkehr vertreten wie die Auffassung, dass sukzessive und strukturiert eine solche Überprüfung der Benutzungspflicht an Radwegen im Landkreis durchgeführt werden sollte. Anschließend müssen die Radwege mit Benutzungspflicht und ohne Benutzungspflicht öffentlich kommuniziert werden.	Wir als politische Vertreter unterstützen unsere Kreisverwaltung bei der sachgerechten Umsetzung der straßenverkehrsrechtlichen Regelungen einschließlich des zitierten Urteils.	Die Festsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung für Pkw sollte darauf beruhen, dass Radfahrer die Straße sicher nutzen können.